



KONJUNKTURREPORT

11. Jg., Ausgabe 3, Sept. 2011

Konjunktureller Gegenwind im zweiten Halbjahr

Die **globalen** Auftriebskräfte haben im zweiten Jahresviertel spürbar nachgelassen. Dazu trugen zum einen temporäre Faktoren wie Störungen der Produktionsabläufe in Japan bei, die nach der Naturkatastrophe Mitte März vor allem im Fahrzeugbau aufgetreten waren. Spürbar belastet wurde die Weltkonjunktur zudem durch den Kaufkraftverlust aufgrund der Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln. Angesichts der Konjunkturabschwächung hat der Preisauftrieb zuletzt aber nachgelassen. Neben diesen vorübergehenden Faktoren wird die Weltwirtschaft aber auch durch länger wirkende Einflüsse gebremst. Dazu zählen die restriktiven geldpolitischen Maßnahmen in einigen Schwellenländern zur Eindämmung der hohen Inflation und der drohenden konjunkturellen Überhitzung. In einigen Industrieländern belastet die notwendige fiskalische Konsolidierung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. In den **USA** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr kaum gestiegen. Einem geringen Wachstum um 0,1 % im ersten Quartal folgte eine leicht beschleunigte Zunahme um 0,25 % im zweiten Jahresviertel. Im Frühling legten die privaten Konsumausgaben kaum noch zu, während die Unternehmensinvestitionen etwas stärker ausgeweitet wurden. Die Nettoexporte sowie die Ausgaben der Bundesstaaten und Gemeinden trugen negativ zum Wachstum bei. Mit einem BIP-Rückgang um 0,3 % verzeichnete **Japan** zwischen April und Juni bereits das dritte Quartal mit einer negativen Wirtschaftsentwicklung in Folge. Der private Konsum, die Unternehmensinvestitionen und die Nettoexporte sanken, während der Staatskonsum und die öffentlichen Investitionen ausgeweitet wurden. In **China** ging das Wachstum des realen BIP im Vorjahresvergleich von 9 ¼ % im ersten auf 9 ½ % im zweiten Quartal zurück. Die leichte Abschwächung des Expansionstempos ist auf Stromengpässe in einigen Provinzen, Produktionseinbußen im Fahrzeugbau – durch fehlende Vorleistungsgüter aus Japan – sowie die fortgesetzte geldpolitische

Straffung vor dem Hintergrund der weiter steigenden Inflation zurückzuführen. Auch in **Indien** blieb das Wirtschaftswachstum hoch. Die Volkswirtschaften in **Lateinamerika** profitieren insgesamt von den hohen Rohstoffpreisen. Im **Euroraum** und in der **EU** stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion ersten Schätzungen zufolge im zweiten Jahresviertel um 0,2 %, nach 0,8 % (Euroraum) bzw. 0,7 % (EU27) im ersten Quartal. Ausschlaggebend für die Verringerung der Dynamik war zum einen, dass die lebhafte Entwicklung zum Jahresauftakt zum Teil vom Aufholen witterungsbedingter Produktionseinschränkungen im Schlussquartal 2010 beeinflusst worden war. Zum anderen wurde die Kaufkraft der Konsumenten durch die Verstärkung des Preisauftriebs aufgrund der kräftigen Verteuerung von Rohöl belastet. Zugleich hat auch die Exportnachfrage aus Drittstaaten an Schwung verloren.

In **Österreich** nahm die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 1,0 % zu, nach 0,8 % im ersten Jahresviertel. Der wesentliche Wachstumsimpuls ging weiterhin vom Außenhandel aus. Zwar verringerte sich die Zunahme der Exporte, aber bei den Importen fiel die Wachstumsverlangsamung noch deutlicher aus. Auch die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen verringerte sich. Die Bauinvestitionen stagnierten. Damit scheint einerseits der jahrelange Rückgang gestoppt zu sein, andererseits fehlen nach wie vor Anzeichen für einen Aufschwung der Baunachfrage. Trotz der Belastung der Realeinkommen durch die hohe Teuerung hielt der moderate Anstieg des privaten Konsums an. Entstehungsseitig stieg die Wertschöpfung in der Sachgüterzeugung kräftig um 3 %. Die Dienstleistungsbereiche verzeichneten Quartalswachstumsraten zwischen 0,2 % und 0,4 %. Die Auftragsgänge sowie Indikatoren zur Stimmung in der Industrie und bei den Verbrauchern signalisieren für das zweite Halbjahr eine deutliche Konjunkturabkühlung. Belastet wird die Wirtschaftsentwicklung in Österreich durch die Abflachung der Weltkonjunktur sowie die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise in einigen EU-Mitgliedsstaaten.

(Fortsetzung auf Seite 8)

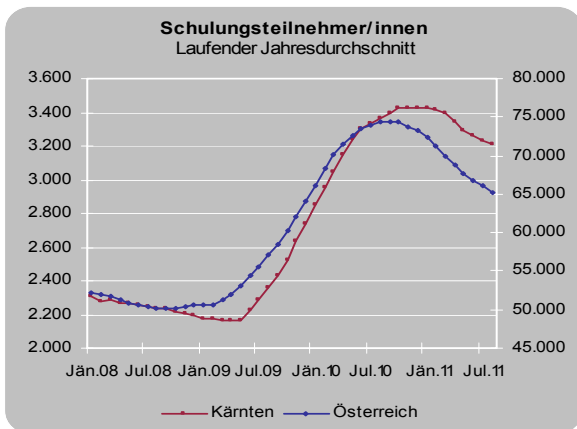
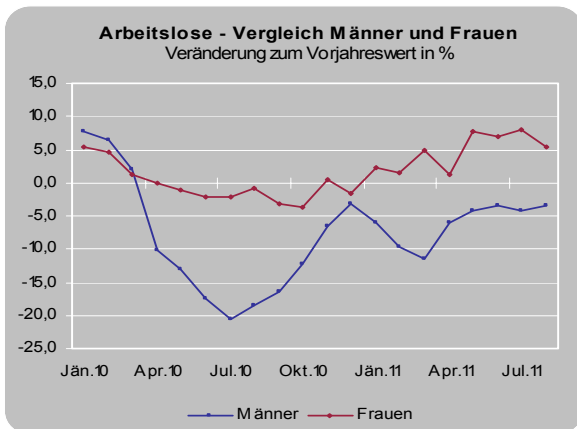
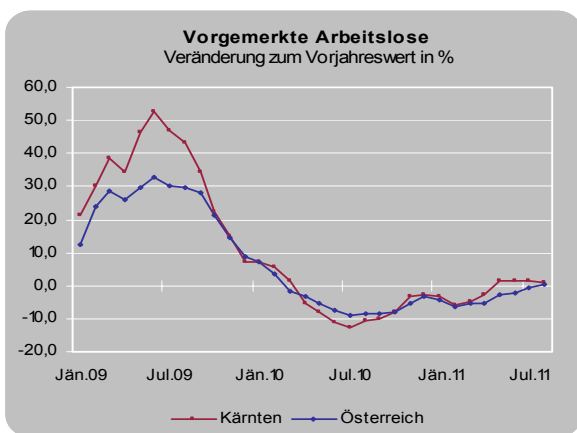
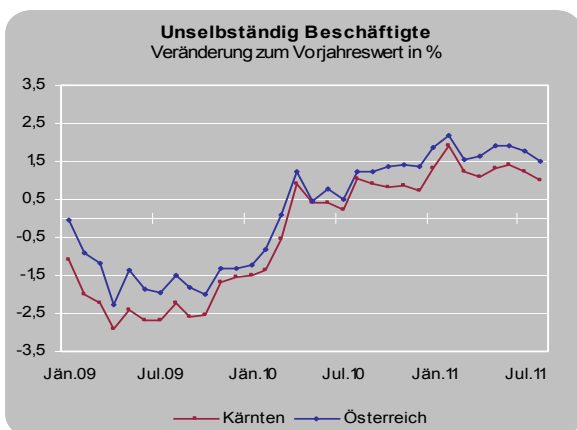
Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Auch im zweiten Quartal des Jahres 2011 konnte in Kärnten keine wesentliche Erholung am Arbeitsmarkt beobachtet werden; dieser negative Trend setzt sich im dritten Quartal des Jahres fort: zwar verbessert sich die Beschäftigungssituation mit einem Plus von 1,0 % gegenüber August 2010 weiter (Österreich: +1,5 %), doch kann damit der Beschäftigungseinbruch des Jahres 2009 noch nicht wettgemacht werden. Das moderate Beschäftigungswachstum fällt auch zu gering aus, um die Arbeitslosigkeit in Kärnten weiter zu senken. So steigt in Kärnten seit mittlerweile vier Monaten in Folge die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr an: im August liegt die Zahl der Arbeitslosen mit 15.533 Personen um 1,0 % über dem Vorjahreswert (Österreich: 219.247 Personen; +0,4 %). Laut Arbeitsmarktservice Kärnten wird die Stagnation auf dem Arbeitsmarkt bis zum Jahresende anhalten. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind derzeit die Frauen: während die Arbeitslosigkeit bei den Männern in Kärnten im August um 3,4 % gesunken ist, wurde bei den Frauen eine Zunahme um 5,4 % verzeichnet (Österreich: Männer -1,3 %; Frauen +2,2 %).

Einige arbeitsmarktpolitische Kennzahlen zeigen jedoch erste positive Vorzeichen der Arbeitsmarktentwicklung Kärntens: so verbessert sich bei der „Problemgruppe“ der Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr) die – speziell in Kärnten – ungünstige Arbeitsmarktsituation allmählich. Wurde im Jahresdurchschnitt 2010 noch eine Zunahme um 21,1 % gegenüber dem Jahr 2009 verzeichnet, sinkt seit Jahresbeginn die Zahl der Langzeitarbeitslosen – verglichen mit den Vorjahreswerten – deutlich (August 2011: -19,9 %). Auch die Jugendarbeitslosigkeit reduziert sich im August dieses Jahres um 4,7 %. Daneben steigt die Zahl der offenen Stellen weiter; im August 2011 um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr, während österreichweit ein Rückgang von 6,7 % beobachtet wurde. Weiters ist die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim Arbeitsmarktservice seit Beginn des Jahres 2011 rückläufig; im August 2011 wurde abermals ein Rückgang um 8,8 % verglichen mit dem Vorjahr verzeichnet (Österreich: -13,8 %).

Bei den älteren Arbeitnehmer/innen (50+) bestehen die strukturellen Probleme der Arbeitsmarktentwicklung hingegen fort. Nachdem schon im Jahresdurchschnitt 2010 eine Zunahme um 4,1 % beobachtet wurde (Österreich 2010: +1,4 %), steigt die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2011 weiter an (August 2011: +2,5 %).

R.K.



Kommentar: Schuldenberge drücken auf die wirtschaftliche Erholung

Die turbulenten Entwicklungen auf den weltweiten Finanzmärkten haben im August d. J. die mediale Berichterstattung geprägt. Die Aktienmärkte sind ein Frühindikator dafür, dass sich trotz einer guten realwirtschaftlichen Entwicklung – für das laufende Jahr veröffentlichte das IHS Kärnten im Juni 2011 eine Wachstumsprognose von 3,1 % für Kärnten – die Sorgen um einen wirtschaftlichen Abschwung mehren. Im Gegensatz zum Finanzschock von 2008 beziehen sich die Sorgen nicht auf den Zustand des Banken- und Finanzsektors, sondern auf den fiskalischen Zustand der öffentlichen Haushalte.

So konnte erst in „letzter Sekunde“ ein politisch herbeigeführter Zahlungsausfall der Vereinigten Staaten verhindert werden. Die tagelange Diskussion um die hohe Dynamik der Verschuldung der öffentlichen Hand in den USA, die schwache wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowie die relativ hohe Arbeitslosigkeit von über 9 %, haben Zweifel darüber ausgelöst, ob das AAA-Rating der größten Volkswirtschaft der Welt noch zu rechtfertigen ist. Standard & Poor's hat sich durch den Entzug des AAA-Ratings deutlich positioniert.

Aber auch auf der anderen Seite des Atlantiks gelingt es seit Monaten nicht, eine langfristige finanzpolitische Lösung für hochverschuldete Mitgliedstaaten der EU zu finden. Erst im Frühjahr 2010 glaubte man, mit dem € 110 Mrd. schweren Stabilisierungspaket für Griechenland ausreichend auf Sorgen um die Stabilität der Währungsunion reagiert zu haben. Wenige Monate später ersuchte Irland den IWF, die EU und die Euroraum-Länder um Finanzhilfe und erhielt ein € 85 Mrd. schweres Paket, welches - wie im Fall Griechenlands - an die Erfüllung strenger Auflagen geknüpft ist.

Um eine langfristige Lösung für die Gewährung von Finanzhilfen an Euro-Länder mit Refinanzierungs- bzw. Zahlungsschwierigkeiten zu installieren, beschloss der Europäische Rat im Dezember 2010 die Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem effektiv verfügbaren Kreditvolumen von € 500 Mrd.¹ Dass auch diese Maßnahme nur kurze Zeit zu einer Beruhigung der Finanzmärkte geführt hat ist nicht verwunderlich, wenn man sich den enormen Finanzierungsbedarf beispielsweise von Italien ansieht.

Laut Angaben von Eurostat betrug die Staatsverschuldung Italiens im Jahr 2010 rund

€ 1.843 Mrd. bzw. 119 % des BIP und wird 2011 die Marke von € 1.900 Mrd. überschreiten. Im Jahr 2007 lag die Verschuldung noch bei etwas über 100 % des BIP. Aufgrund von hohen Renditeaufschlägen auf italienische Staatsanleihen ist Italien mit zunehmenden Finanzierungskosten konfrontiert; die Zinslast wird im Jahr 2011 ein Niveau von 8-9 % der Staatseinnahmen erreichen. Diese Entwicklung ist umso mehr besorgniserregend, als gleichzeitig die Wirtschaftsleistung des Landes deutlich hinter der anderer Staaten der Eurozone zurückbleibt; für das laufende Jahr wird mit einem Wirtschaftswachstum von rund 1 % gerechnet, wobei im ersten Quartal lediglich ein Plus von 0,1 % verzeichnet wurde.

Die finanziellen Probleme der öffentlichen Haushalte sind jedoch nicht nur ein europäisches bzw. amerikanisches Problem. Ein hohes Niveau verbunden mit einer enormen Dynamik der öffentlichen Verschuldung können u.a. auch in Japan, Singapur, Bahrain oder Brasilien beobachtet werden. Betrachtet man die Entwicklung des Anleihenmarktes insgesamt (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen) dann zeigt sich, dass sich das gehandelte Volumen in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt hat.²

Hauptursachen für diese Entwicklung sind anhaltende strukturelle Probleme in vielen Staaten und eine „Tradition des Schulden machen's“. Zunehmend verschärft wurde die Verschuldungssituation durch die massiven Interventionen der Staaten als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 und die mit dem wirtschaftlichen Einbruch verbundenen Ausfälle bei den Steuereinnahmen bzw. Mehrkosten für sog. automatische Stabilisatoren (z.B. Arbeitslosenentgelt).

Auf den massiven Vertrauensverlust in die Finanzpolitik vieler Nationalstaaten und die Frage danach, ob die aufgebaute Schuldenlast nicht nur einzelnen Staaten sondern am Ende auch der europäischen Währungsunion „über den Kopf wachsen könnten“, muss mit einem klaren Signal der Politik für einen langfristigen Konsolidierungspfad geantwortet werden, auch wenn damit die mit den notwendigen Einsparungen verbundenen Effekte die Gefahr eines deutlich schwächeren Wirtschaftswachstums in sich bergen. Diese Effekte könnten umso stärker ausfallen, als es nach einer expansiven Fiskal- und Geldpolitik nun zu gleichzeitigen und unkoordinierten Sparanstrengungen in allen Ländern der Eurozone kommen wird. Eine gute Abstimmung der Maßnahmen sowie ein „Sparen mit Augenmaß“ wird die Kunst der nächsten Jahre sein. Ein negativer Ausblick an den Börsen für sog. zyklische Werte (Stahl-

¹ Der ESM soll ab 2013 den EFSM (European Financial Stabilisation Mechanism) und die EFSF (European Financial Stability Facility) ablösen.

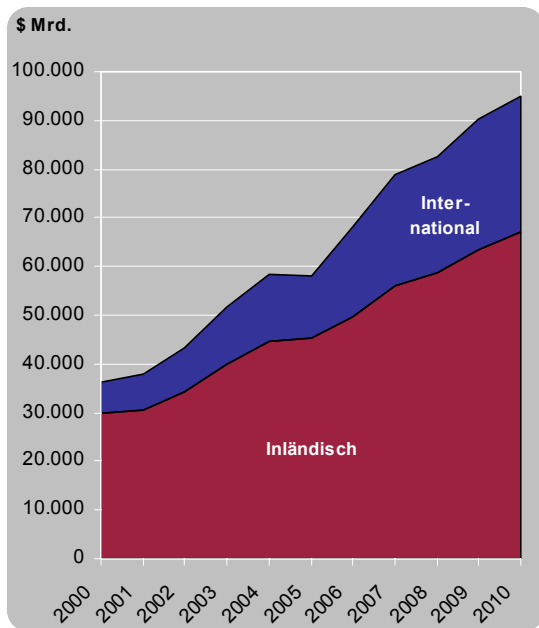
² Siehe dazu den Beitrag „Bedeutung des Anleihenmarktes als Finanzierungsquelle“, auf S. 4.

oder Automobilindustrie etc.) kann damit durchaus erklärt werden, eine Panik an den Aktienmärkten jedoch nicht. M.B.

Bedeutung des Anleihenmarktes als Finanzierungsquelle

Anleihen haben als Finanzierungsquelle in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen. Belastet durch die Finanz- und Wirtschaftskrise waren viele öffentliche Haushalte gezwungen, sich verstärkt über den Anleihenmarkt zu finanzieren. Im Jahr 2010 stieg das weltweite Anleihenvolumen um 5 % und erreichte damit ein Rekordniveau von \$ 95 Billionen. Innerhalb von 10 Jahren hat sich das Anleihenvolumen fast verdreifacht (vgl. Abbildung 1). Waren vor rund 10 Jahren noch Unternehmen die größten Emittenten von Anleihen, so wurde deren Bedeutung durch ein hohes Angebot an Staatsanleihen etwas verringert; im Jahr 2010 entfielen rund 57 % der umlaufenden inländische Anleihen auf Staatsanleihen.

Abbildung 1: Weltweiter Anleihenmarkt



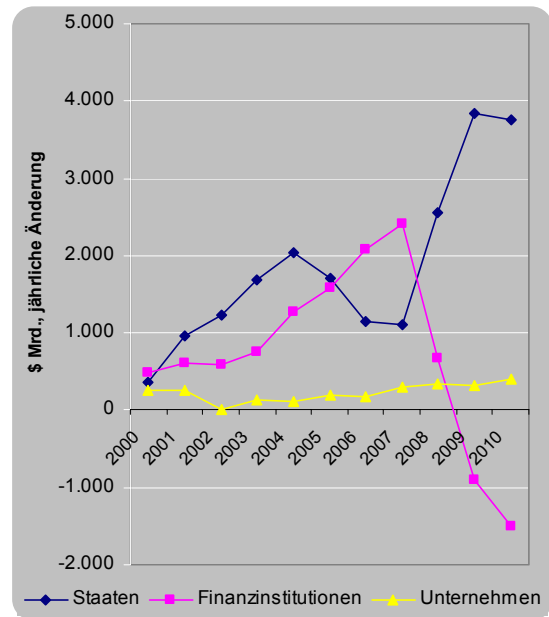
Quelle: Bank of International Settlements

Mit einem jährlichen Anstieg von knapp \$ 4 Billionen haben Staatsanleihen eine enorme Dynamik und sind auch ein klarer Indikator für den hohen Finanzierungsbedarf der öffentlichen Haushalte (vgl. Abbildung 2).³

Der mit Abstand größte Anleihenmarkt sind die Vereinigten Staaten. Mit einem Volumen von über \$ 35 Billionen entfallen knapp 37 % aller weltweit umlaufenden Anleihen auf die USA, wobei sich im letzten Jahrzehnt das Anleihenvolumen der USA durch einen enormen Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand fast verdoppelt hat.

³ TheCityUK, *Bond Markets, Financial Markets Series*, July 2011.

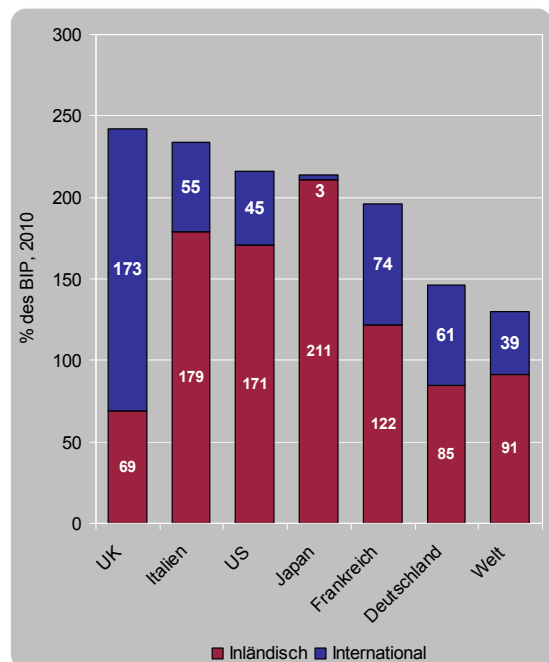
Abbildung 2: Jährliche Veränderung im Anleihenvolumen (inländischer Anleihenmarkt)



Quelle: Bank of International Settlements

Ein überwiegender Teil des Anleihenmarktes (ca. 70 %) wird nicht grenzüberschreitend gehandelt, wobei es diesbezüglich große Unterschiede zwischen den wichtigsten Marktakteuren gibt. Der inländische Anleihenmarkt spielt neben den USA auch in Italien oder Japan eine dominierende Rolle. In Japan werden nur 2 % der Anleihen von ausländischen Investoren gekauft. Die große Rolle von London als Finanzplatz zeigt sich auch in Abbildung 3.

Abbildung 3: Relative Größe des Anleihenmarkts



Quelle: Bank of International Settlements

Mit einem Volumen von 242 % im Verhältnis zum BIP spielt der Anleihenmarkt in Großbritannien eine große Rolle; mehr als 70 % der Anleihen werden dabei international gehandelt.

Das Schuldenproblem in der Eurozone und in den Vereinigten Staaten spiegelt sich somit deutlich in der Entwicklung der internationalen Anleihenmärkte wider. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist die Nachfrage nach Anleihen von verlässlichen Schuldern nach wie vor ungebrochen. Zu diesen gehören u.a. österreichische oder deutsche Staatsanleihen und – auch nach einer Abwertung des Ratings durch Standard & Poor's – US-amerikanische Staatsanleihen. Aufgrund der generellen Bedeutung des US-Anleihenmarktes und nicht vorhandener Alternativen, wird sich daran in absehbarer Zeit auch nichts ändern. M.B.

Energie [R]evolution Österreich 2050

Im Auftrag von EVN, Greenpeace und der Gewerkschaft Vida haben MitarbeiterInnen des IHS Kärnten an der Studie „Energie [R]evolution Österreich 2050“ mitgearbeitet.⁴ In der Studie Energie [R]evolution Österreich 2050 wird ein Weg hin zu einer nachhaltigen Energiezukunft dargestellt. Konkret wird dabei ein Weg skizziert der zeigt, inwieweit sich der Energieverbrauch der einzelnen Sektoren ändern müsste, um im Jahr 2050 über 80 % des energetischen Endverbrauchs mittels erneuerbarer Energieträger zu decken und gleichzeitig mehr als 90 % der CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 2008 einsparen zu können. Die Studie stellt damit keine Prognose über die zukünftige Entwicklung der Endenergienachfrage in Österreich dar, sondern beschreibt vielmehr einen energieeffizienten, nachhaltigen Entwicklungspfad. Die Publikation zeigt, welche Maßnahmen und Weichenstellungen bereits heute und in naher Zukunft notwendig wären, um bis zum Jahr 2050 den Großteil des Endenergieverbrauchs mittels erneuerbarer Energien decken und die CO₂-Emissionen um mehr als 90 % senken zu können.

Die gute Nachricht vorweg: Das vorhandene Potenzial an erneuerbaren Energieträgern in Österreich ist ausreichend, um das Wirtschaftssystem nachhaltig zu gestalten. Allerdings bedeutet das auch, Strukturen und Prozesse in den einzelnen Sektoren drastisch zu ändern und insbesondere eine Halbierung des Energieverbrauch bis 2050. Damit stellt die Energie [R]evolution Österreich 2050 ein konträres Bild zu bekannten internationalen Energieprognosen dar, denn: namhafte internationale Organisationen prognostizieren einen starken Anstieg der weltweiten Nachfrage nach Primärenergieträgern (2/3 davon entfallen auf Entwicklungsländer). Ein steigendes

Wirtschaftswachstum sowie eine starke Zunahme der Bevölkerung lassen ein Ansteigen der fossilen Energieträger erwarten; das obwohl eine deutliche Zunahme erneuerbarer Energieträger prognostiziert wird. Verbunden mit diesen Entwicklungen ist auch ein deutlicher Anstieg der CO₂-Emissionen und damit wird klar: der international angestrebte Zielwert die globale Erwärmung auf unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten ist außer Reichweite.

Die Studie Energie [R]evolution Österreich 2050 beginnt mit einer Analyse der Sektoren private Haushalte, Dienstleistungen, produzierender Bereich, Verkehr und Landwirtschaft. Für die Abschätzung des energetischen Endverbrauchs in 10-Jahres-Schritten bis 2050 bilden die Studie „Visionen 2050“⁵ sowie zahlreiche internationale Publikationen die Basis. Wie aus Abbildung 4 ersichtlich ist, würde eine Reduktion des Energieverbrauchs von ca. 1.060 PJ im Jahr 2010 auf ca. 540 PJ im Jahr 2050 notwendig sein.

Während im Haushaltsbereich die Einsparungen insbesondere im Bereich der Wärme liegen (Stichwort thermische Sanierung), muss es insbesondere im produzierenden Bereich zu drastischen strukturellen Veränderungen kommen. Verbunden mit dem sinkenden energetischen Endverbrauch ist auch ein geringerer Einsatz fossiler Energieträger. Dennoch werden in einzelnen Produktionsbereichen auch im Jahr 2050 noch fossile Energieträger eine bedeutende Rolle spielen: Kohle (Koks) wird im Jahr 2050 insbesondere noch in der Stahlproduktion eingesetzt, sonstige fossile Energieträger in jenen Branchen, in welchen fossile Energieträger besonders schwer zu substituieren sind (z.B. Zement-, Aluminium- und Papierindustrie). Verstärkten Einsatz finden in diesem Sektor biogene Brennstoffe zur Deckung des Nieder- und Hochtemperaturbedarfs.

Die wohl stärksten Veränderungen wird es im Sektor Verkehr geben. Bisher sind in diesem Sektor die Treibhausgasemissionen am stärksten angestiegen⁶, das bedeutet: kein nachhaltiges Wirtschaftssystem ohne einen nachhaltigen Verkehrssektor. Zwei Säulen sollen ausschlaggebend dafür sein, den Verkehrssektor zukünftig nachhaltig zu gestalten: einerseits der Umstieg auf alternative Antriebssysteme, andererseits die Verschiebung des Modal Splits im Personenverkehr. Ein Umstieg auf Elektromobilität setzt einen stark rückläufigen

⁵ Vgl. Österreichische Energieagentur – Austrian Energy Agency (2010). *Visionen 2050*. Im Auftrag von Österreichs Energie. Wien.

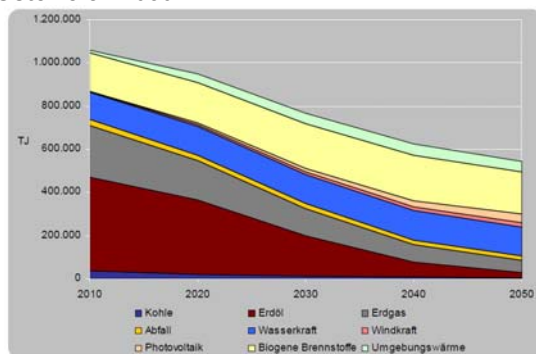
⁶ Von 1990-2009 stiegen die Emissionen im Sektor Verkehr (inkl. Kraftstoffexport) um 54,5 % an. Hauptverursacher ist dabei der Straßenverkehr. Vgl. Umweltbundsamt (2011). *Klimaschutzbericht 2011*. Wien.

⁴ Ein Download der Studie ist über die Homepage des IHS Kärntens (<http://www.carinthia.ihs.ac.at/>) unter „Projekte“ möglich.

Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 voraus. Sollte der Energieverbrauch nicht reduziert werden können oder aber weiter ansteigen, ist es aus heutiger Sicht nicht vorstellbar, den Einsatz fossiler Energieträger bis zum Jahr 2050 fast vollständig mittels erneuerbaren Energieträgern zu substituieren. Der Umstieg auf Elektromobilität kann nur dann einen sinnvollen Beitrag leisten wenn es gelingt, den Energieverbrauch im Sektor Verkehr insgesamt stark zu reduzieren. Das bedeutet vor allem, Strukturen nachhaltig zu ändern (Stichwort Raumordnung), um die Anzahl der zurückgelegten Personen- und Tonnenkilometer zu reduzieren. Insgesamt kommt es in der Energie [R]evolution Österreich 2050 zu einem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs (-42 %), hingegen steigt die Transportleistung mit öffentlichen Verkehrsmitteln um 44 % an. Die zurückgelegten Personenkilometer reduzieren sich insgesamt um ca. 16 % (2009-2050).

Nachhaltige Änderungen in den einzelnen Sektoren ermöglichen eine Reduktion des energetischen Endverbrauchs: eine Voraussetzung dafür, den verbleibenden Bedarf mittels erneuerbaren Energien zu decken. Wenn es gelingt den Energieverbrauch in einem derart starken Ausmaß zu reduzieren, könnten – mit bereits heute verfügbaren Technologien – knapp 85 % des Energieverbrauchs mittels erneuerbarer Energieträger gedeckt werden (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Entwicklung des Einsatzes verschiedener Energieträger Energie [R]evolution Österreich 2050



Quelle: Eigene Darstellung IHS Kärnten

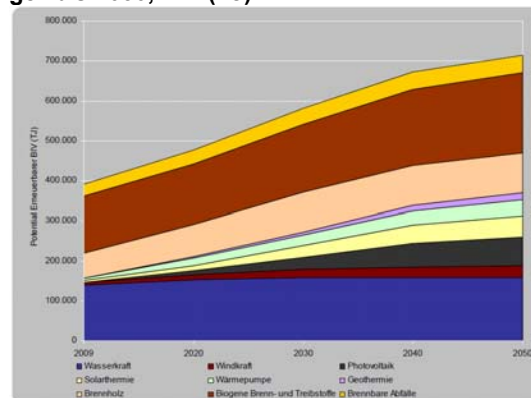
Kohle, Erdöl und Erdgas treten im Jahr 2050 nur mehr als Restbestände auf und finden hauptsächlich Einsatz in den Sektoren produzierender Bereich und Verkehr. Im Bereich der Industrie ist es aus heutiger Sicht nicht vorhersehbar, dass fossile Energieträger vollständig substituiert werden können.⁷ Allerdings kann der gesamte Bedarf an Fernwärme und Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern produziert werden.

⁷ Dies liegt insbesondere daran, dass viele industrielle Prozesse die Bereitstellung von Hochtemperatur benötigen.

Vergleicht man den Anteil der erneuerbaren Energieträger am Endenergieverbrauch nach der Energie [R]evolution Österreich 2050 mit dem vorhandenen Potenzial lässt sich erkennen, dass ausreichend erneuerbare Ressourcen zur Deckung vorhanden sind (vgl. Abbildung 5).

Biomasse wird neben der Wasserkraft die wesentliche Säule der Nutzung Erneuerbarer in Österreich bleiben. Konzentriert sich der Einsatz von Biomasse zur Wärmeerzeugung heute insbesondere auf den Bereich der privaten Haushalte, wird diese 2050 verstärkt Einsatz in der Wärmebereitstellung in der Industrie bzw. in Form von Biotreibstoffen im Flugverkehr finden. Photovoltaik und Windkraft werden 2050 auch in der Lage sein, einen beträchtlichen Beitrag zur Stromerzeugung zu leisten – vorausgesetzt erwartete Lerneffekte und Kostenreduktionspotenziale lassen sich realisieren. Ein massiver Ausbau erneuerbarer Energieträger in der Stromerzeugung – und damit die deutliche Erhöhung der dezentralen Stromerzeugung – bedingen die Weiterentwicklung der Netze in Richtung „Smart Grids“ bzw. die Bereitstellung ausreichender Speicherkapazitäten. Auch die Solarthermie lässt zukünftig noch Ausbaupotenziale erwarten, dies gilt auch für den Bereich Geothermie, wenngleich diese nur in wenigen Bezirken in Österreich und hier nur beschränkt verfügbar ist.

Abbildung 5: Potenzial erneuerbarer Energieträger bis 2050, BIV (TJ)



Quelle: Eigene Darstellung IHS Kärnten

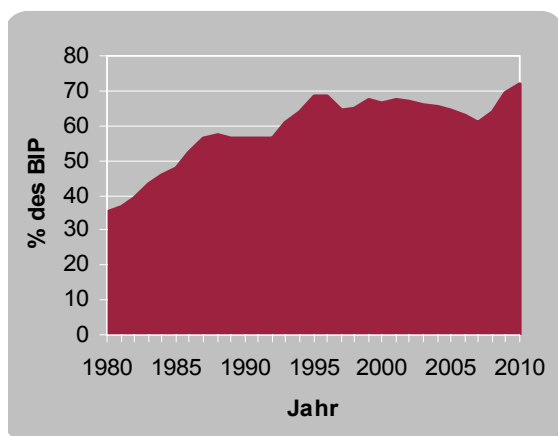
Folgt man der Energie [R]evolution, ist eine nachhaltige Entwicklung bis 2050 für Österreich durchaus realistisch. Die strukturellen Veränderungen werden auch zahlreiche Chancen für neue bzw. andere Arbeitsplätze eröffnen (Beispiel thermische Sanierung, Umstellung des Energiesystems). Effizienzmaßnahmen im Industriebereich lassen den Energieverbrauch bis 2050 um ein Drittel sinken, während die Industrieproduktion ansteigt. Um der Energie [R]evolution zu folgen, müssen eine Reihe von Maßnahmen unverzüglich eingeleitet und umgesetzt werden, um die Planungssicherheit für Unternehmen und Investoren zu schaffen und Anreize zu geben, in CO₂-arme

Technologien zu investieren. Übergeordnete Maßnahmen (Ökologisierung des Steuersystems, nachhaltige Raumordnung und -entwicklung) müssen unverzüglich eingeleitet werden, da eine ledigliche Umsetzung von Einzelmaßnahmen (z.B. Erhöhung des Anteils an Biotreibstoffen) nicht ausreichend sein wird, fossile Energieträger im Jahr 2050 nur noch als Restbeitrag zu benötigen. Die Einigung auf ein bundesweites Klimaschutzgesetz⁸ kann daher im Sinne der Energie [R]evolution Österreich 2050 nur begrüßt werden, auch wenn in der gegenständlichen Studie geforderte Bestandteile wie die Festlegung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten (Sanktionsmöglichkeiten) zwischen den Gebietskörperschaften noch nicht berücksichtigt wurden. B.F.

Schuldensituation in Österreich besorgniserregend

Das erhebliche Niveau der Verschuldung der öffentlichen Haushalte sowie die aus einer möglichen Zahlungsunfähigkeit eines Staates entstehenden Konsequenzen sind durch die aktuelle Schuldenkrise in Europa und den USA verstärkt in das öffentliche Bewusstsein getreten. Österreich gehört mit einer hohen Bonität zwar zu jenen Ländern, welche sich „rettend“ am milliardenschweren Hilfspaket für Griechenland beteiligen, aber auch hierzulande steigt die Schuldenlast des Staates zunehmend an und erreichte im Jahr 2010 mit € 205,2 Mrd. ein noch nie da gewesenes Niveau von 72,2 % des BIP. Der Schuldenstand Österreichs hat sich damit in den vergangenen 30 Jahren mehr als verdoppelt (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Entwicklung des Schuldenstands in Österreich in % des BIP



Quelle: Statistik Austria (2011)

⁸ Bund und Länder haben sich im Juni 2011 auf eine Grundsatzvereinbarung geeinigt. Vgl. <http://derstandard.at/1276413446103/Klimaschutzgesetz-Grundsatzvereinbarung-zwischen-Bund-und-Laendern>

Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die vorliegenden Daten zum Schuldenstand gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) ermittelt wurden. Dies bedeutet, dass ein Großteil der ausgegliederten Einheiten der öffentlichen Hand nicht berücksichtigt ist. So weisen bspw. die Österreichischen Bundesbahnen Verbindlichkeiten in der Höhe von € 16,5 Mrd. aus und würden bei gänzlicher Zurechnung dieser die dargestellten Kennzahlen weiter erhöhen.

Beteiligungen und Haftungen der Gebietskörperschaften umfassen in den meisten Fällen ein nicht unerhebliches Volumen. Dies zeigt auch eine kürzlich vom IHS Kärnten durchgeführte Analyse der Budgets der Länder Niederösterreich und Oberösterreich.⁹

Das Land Niederösterreich verzeichnete im Jahr 2009 eine Pro-Kopf-Verschuldung von € 2.004 und lag damit österreichweit – gemeinsam mit dem Bundesland Kärnten¹⁰ – an der Spitze. Das Land Oberösterreich wies hingegen mit € 65 pro Kopf den geringsten Schuldenstand unter den österreichischen Bundesländern auf. Ein Vergleich dieser Kennzahlen verschleiert jedoch, dass Niederösterreich 27 Krankenanstalten im Landeshaushalt budgetiert, welche 2009 einen Anteil von 20 % am Gesamtschuldenstand des Landes hielten. Doch auch bei einer detaillierten Analyse und dem Versuch, die „graue Finanzschuld“, d.h. Schulden ausgegliederter Rechtsträger, für welche die Länder das Ausfallrisiko tragen, für eine vergleichbare Darstellung mit einzubeziehen, zeigen sich Schwierigkeiten.

Die Länder sind verpflichtet direkte Beteiligungen, gegebene Darlehen und Haftungsübernahmen in den Rechnungsabschlüssen abzubilden. So wies das Land Niederösterreich im Jahr 2009 knapp 80 Beteiligungen auf, wovon neun gänzlich im Eigentum des Landes stehen. Das Land Oberösterreich zählt hingegen lediglich drei direkte Beteiligungen. Beide Länder führen jedoch auch Holdinggesellschaften an, welche in Folge Beteiligungen an weiteren Gesellschaften und Genossenschaften halten. Da diese nicht als direkte Beteiligungen gelten, besteht keine Verpflichtung, sie im Rechnungsabschluss anzuführen. Die Beteiligungsstruktur der Länder ist damit als sehr komplex und undurchsichtig zu bewerten.

Klarer scheint die Darstellung der gegebenen Darlehen und Haftungsübernahmen. So wies das Land Niederösterreich mit Ende 2009 einen Stand an gegebenen Darlehen in der Höhe von € 7,1 Mrd. sowie Darlehens- und Kre-

⁹ Vgl. Bodenhöfer, H.-J., Aigner, B. (2011). *Analyse des Niederösterreichischen Landesbudgets*. IHS Kärnten.

¹⁰ Kärnten zählte – trotz ausgegliederter Krankenanstalten – mit € 2.072 pro Kopf im Jahr 2009 den höchsten Schuldenstand aller österreichischen Bundesländer.

ditverbindlichkeiten in der Höhe von € 4.1 Mrd. auf. Darunter fallen auch Darlehen an direkte und indirekte Beteiligungen des Landes. Das Land Oberösterreich hält laut Rechnungsabschluss 2009 hingegen Darlehensforderungen in der Höhe von € 1.9 Mrd. und Haftungen in der Höhe von € 1.5 Mrd. Das Ausfalls- bzw. Eintrittsrisikos dieser Aktiva und Eventualverpflichtungen geht aus der Darstellung jedoch nicht hervor. Dennoch zeigen die verfügbaren Daten, welch enormes Risikopotential die undurchsichtige Struktur an Beteiligungen sowie die Höhe an ausgegebenen Darlehen und Haftungen – zusätzlich zur beträchtlichen „offiziellen“ Schuldbelastung – für die Gebietskörperschaften darstellen. B.A.

Alles hat seine Zeit

„Alles hat seine Zeit“ pflegte Prof. Bodenhöfer in den vergangenen Wochen immer wieder zu antworten, wenn er in diversen Gesprächen auf seinen Rückzug aus der Geschäftsführung des Instituts für Höhere Studien (IHS) Kärnten angesprochen wurde. Nach arbeits- und zeitintensiven Tätigkeiten als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Klagenfurt und als Leiter des IHS Kärnten sowie zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten, u.a. als Vorsitzender des Zukunftsfonds oder des wirtschaftspolitischen Beirates, ist der Wunsch nach einem etwas geruhsameren Leben mehr als verständlich.

Im Jahr 2001 übernahm Prof. Bodenhöfer die Leitung des IHS Kärnten. Unter seiner mehr als zehnjährigen Führung ist es gelungen, das im Jahr 1999 als Zweigverein des IHS Wien gegründete Institut in der heimischen Forschungslandschaft zu etablieren. Mit der fachlichen Ausrichtung des Instituts u.a. auf regional-, energie- und finanzwissenschaftliche Themenfelder, gelang es Prof. Bodenhöfer das IHS Kärnten zu einem wichtigen Ansprechpartner für Entscheidungsträger in der Region zu verankern.

Seine fachliche Kompetenz, seine Offenheit für Neues, seine Fähigkeiten auf Menschen einzugehen und Beziehungen zu pflegen und vor allem seine von Ruhe und Gelassenheit geprägte Ausstrahlung waren zentrale Erfolgsfaktoren für die Entwicklung des IHS Kärnten. Trotz intensiver Projektstätigkeit und der Notwendigkeit finanzielle Mittel zu sichern, war Prof. Bodenhöfer immer bemüht seinen Mitarbeitern genügend Raum für eigene wissenschaftliche Dissertationsprojekte zu geben.



Univ.-Prof. Dr. Hans-Joachim Bodenhöfer

Der neue Geschäftsführer, Dr. Markus Gilbert Bliem, wird sich intensiv darum bemühen, das aufgebaute Reputations- und Vertrauenskapital zu erhalten und weiter zu stärken. Als Konsulent des IHS Kärnten wird Prof. Bodenhöfer die Entwicklung des Instituts hoffentlich noch für einige Zeit begleiten. M.B.

Fortsetzung Konjunktur:

Aufgrund des hohen Expansionstempos im ersten Halbjahr wird das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2011 gemäß der aktuellen Prognose des IHS um 3 % steigen. Für 2012 wird gegenwärtig eine Wachstumsverlangsamung auf 2,1 % erwartet.

In **Kärnten**, wie in Österreich insgesamt, stieg der Produktionsindex für den gesamten produzierenden Bereich im ersten Halbjahr im Jahresabstand um etwa 8 %. In der Sachgütererzeugung wurde die Produktion in Kärnten im Zeitraum Jänner bis April um 13,5 % gesteigert, verglichen mit 11,6 % in ganz Österreich (+10,2 % im ersten Halbjahr). Gemäß der aktuellen Prognose des IHS Kärnten (zu den Details vgl. die Homepage des IHS Kärnten: <http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>) wird das reale Bruttoregionalprodukt im Jahresdurchschnitt 2011 um 3 % und 2012 um 2,2 % steigen. Die Beschäftigung wird heuer kräftig um 1,8 % und im kommenden Jahr um 0,8 % ausgeweitet. Damit sollte die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 8,4 % und nächstes Jahr auf 8,2 % sinken. K.W.

Impressum

Herausgeber: IHS Kärnten
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23
 info@carinthia.ihs.ac.at
e-mail:
Website: www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, der Wirtschaftskammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 07.09.2011